

Ohne bildungspolitisches Programm

Interview mit Sahra Wagenknecht: „Wir koordinieren sehr eng ...“, FR-Tagesthema vom 27. September

Auf die Frage, was wären Ministerien, was wären Politikbereiche, in denen das BSW zeigen möchte, was es kann und was es will, antwortet Sahra Wagenknecht: „Das ist der letzte Punkt, über den wir verhandeln. Wir müssen uns ja erstmal inhaltlich einigen, etwa in der Bildungspolitik. Wir wollen, dass Smartphones und Tablets aus der Grundschule verbannt werden, dass wieder viel mehr Wert gelegt wird auf Kenntnisse statt wolkiger Kompetenzen, darauf, dass jedes Kind erstmal ordentlich lesen, schreiben und rechnen lernt. Der Lehrermangel muss vor allem in den Kernfächern überwunden werden, also in Mathematik, Naturwissenschaften und Deutsch.“

Diese Antwort finde ich besorgniserregend. Zunächst ist es bemerkenswert, dass das BSW ohne bildungspolitisches Programm in drei Länderwahlen gegangen ist. Die Bildungspolitik gehört zu den Kernkompetenzen der Bundesländer. Es ist unbe-

stritten, dass Kinder Kenntnisse in der Grundschule erwerben müssen. Sie kommen ja auch schon mit sehr vielen Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und auch mit sehr viel Lebenserfahrungen – guten, aber auch leider manchmal schlechten – in der Schule an. All dies haben Grundschullehrerinnen und -lehrer auf dem Schirm. Sie müssen die unterschiedlichen Voraussetzungen kindgerecht thematisieren und die Kinder dort abholen, wo sie stehen.

Der Erwerb der Kulturtechniken ist immens wichtig für das Leben der Kinder. Grundschullehrerinnen und -lehrer tragen deshalb eine große Verantwortung. Sie verfügen über berufsspezifische Kompetenzen. So ist es wünschenswert, dass Kinder keine Angst in der Schule entwickeln, sondern ein konstruktives Verhältnis zu Fehlern bekommen. Vielleicht ist dies eine der „wolkigen Kompetenzen“, von denen Sahra Wagenknecht spricht.

Während meiner Arbeit als Physiklehrerin habe ich Handys und Smartphones im Unterricht begrüßt. Wir verfügten in der Schule nur über mechanische Stoppuhren, die so teuer waren, dass wir sie nicht im Klassensatz kaufen konnten. Mit den Stoppuhren konnten alle Schülerinnen und Schüler Zeiten messen und vergleichen. Smartphones haben auch einen Fotoapparat, von dem ich mir vorstellen kann, dass er gut in der Schule einsetzbar ist.

Politik und Verwaltung sollten sich selbstverständlich für Bildung und Erziehung engagieren, aber ihre primäre Aufgabe ist es, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, dass alle in der Schule ihre Arbeit gut erledigen können. Dazu einige Vorschläge: Lernmittelfreiheit, kostenfreies Mittagessen für alle in Bio Qualität, Beseitigung des Lehrermangels, Arbeitszeitverkürzung.

Sophie Wegener-Stahlschmidt, Wiesbaden

Politische Bildung wird dringend gebraucht

Zu: „Mir sind die Ängste der AfD-Wähler völlig egal“ und „Purer Populismus“, FR-Politik und-Meinung vom 20. September

In meinem Beitrag zum Erinnerungslabor „Zeitzeugenschaft?“ im Historischen Museum Frankfurt beschäftige ich mich u.a. mit dem Verschweigen der NS-Medizinverbrechen im Medizinstudium der 1970er Jahre. Auch heute spielt im Studium die Auseinandersetzung mit der NS-Medizin nur eine geringe Rolle. Der Mediziner Richard Horton hat diesen Sachverhalt in der Zeitschrift „Lancet“ (18.11.2023) so kommentiert: „Medizin wird heute praktiziert, als sei der Holocaust nie passiert.“

Dieser fehlende Bezug ist nicht nur in der modernen Medizin gefährlich, sondern zeigt sich mehr und mehr gesellschaftlich in der deutlichen Diskursverschiebung nach rechts und der zunehmenden rechtsextremen Rhetorik, die inzwischen von den demokratischen Parteien übernommen wurde. So lässt sich das Horton-Zitat auch auf die Migrationsdebatte anwen-

den: Die aktuelle Asyl- und Migrationspolitik wird praktiziert, als sei der Holocaust nie passiert. Das „Nie wieder ist jetzt“ ist nur noch eine hohle Phrase. Exemplarisch für diesen Rechtsruck ist die Forderung des brandenburgischen Innenministers Stübgen (CDU), der die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl fordert. Flucht wird jetzt grundsätzlich als „illegale Migration“ bezeichnet, diese Zuschreibung wird nicht mehr hinterfragt.

Wie B. Yilmaz richtig sagt, gehört der Begriff „illegale Migration“ inzwischen zum Mainstream und soll ein Klima von permanenter Bedrohung erzeugen. Ein differenzierter Diskurs ist kaum noch möglich. Dies ist der Nährboden für weitere Zuwächse der AfD und für Hass und Hetze in unserer Gesellschaft. So setzen die demokratischen Parteien inzwischen die AfD-Agenda um, aber es gibt

kaum noch Proteste gegen diese menschenfeindliche Politik.

Michel Friedman hat davon gesprochen, dass bei vielen Menschen meiner Generation ein stabiles kommunikatives Gedächtnis fehlt, das krisenfest wäre und damit auch vor Vorurteilen und Pauschalisierungen schützt. Meine Generation hat die Verantwortung, die Erinnerung an Shoah, Kriegsverbrechen und Euthanasie wach zu halten und dafür zu kämpfen, dass die Würde des Menschen wirklich unantastbar bleibt.

Was ist mit der jungen Generation, mit den Kindern und Jugendlichen? Haben Demokratie, Menschenrechte und ein friedliches Miteinander eine Chance gegen Verdummungsmaschinen wie TikTok? Schauen wir zu, wie diese Generation durch rechte Propaganda manipuliert wird? Es gäbe viel zu tun für unsere Regierung, aber auch für die Zivilgesellschaft. Hermann Roth, Frankfurt

Es gibt viele Lösungsvorschläge

Erwiderung auf „Der Turbokapitalismus unterhöhlt die Demokratie“, FR-Forum vom 25. September

Leserbriefschreiber Winfried Kalblab identifiziert den Turbokapitalismus und die neoliberale Politik mit all ihren Folgen für das staatliche Handeln zulasten sozialer Ungleichheit durch Umverteilung von unten nach oben, zulasten der Pflege der Infrastruktur und der Bildung und zulasten der Naturnutzung als die eigentlichen Ursachen für den Wandel des Wählerverhaltens und die Erosion der Ziele Gemeinwohl und Solidarität. Ich stimme ihm in allen Punkten zu und möchte ergänzen, dass nationale Egoismus in den Staaten der EU das Dublin-Abkommen und andere

wichtige Vereinbarungen für notwendige europäische Lösungen haben scheitern lassen.

Lösungsvorschläge zur Eindämmung der negativen Mechanismen des Kapitalismus, z.B. über das Steuer- und Haushaltsrecht, für sozialen Wohnungsbau und natur- und klimaschützendes Umweltrecht gibt es genug. Sie aufzuführen, würde diesen Leserbrief sprengen. Aber solange es keine Parteien gibt, die solche Vorschläge in die Tat umsetzen, wird es weder gesellschaftliche Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich noch erfolgreichen Klimaschutz geben.

Leider versagen in Deutschland sowohl SPD als auch die Grünen, leider machen FDP und CDU/CSU eine Rolle rückwärts. Alle nähern sich stattdessen der neoliberalen, demokratie- und menschenrechtsfeindlichen AfD an. Die Tendenz zur Unfreiheit und zu autoritären Parteien und Führungspersonen ist weltweit, was die Macht des Großkapitals auf das Weltbild der Menschen zeigt. Es kann einem angst und bange werden.

Ulrich Horstmann, Bremen

Diskussion: frblog.de/wahlen-ost



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241001

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Regisseur und Schauspieler Willy Praml und dem Regisseur und Schauspieler Michael Weber über ihr Leben und ihre Arbeit. Es werden Bilder aus Jahrzehnten Theater gezeigt und Szenen aus Stücken zu sehen sein. Um Anmeldung wird gebeten.

Donnerstag, 10. Oktober, 19 Uhr
DenkBar, Spohrstraße 46a
Frankfurt

Hannings Voigts moderiert die Podiumsdiskussion „Am autoritären Kippunkt?“ Zum Rechtsruck in Deutschland. Mit Michaela Köttig, Daniel Mullis und Anne Rabe. Im Rahmen der Konferenz „Extreme Rechte in Hessen“.

Freitag, 11. Oktober, 20 Uhr
Studierendenhaus am Campus Bockenheimer der Goethe-Uni Mertonstr. 26, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem isländischen Verleger, Schriftsteller und Kulturmanager Halldór Guðmundsson über sein Buch zur Literaturgeschichte Islands: „Im Schatten des Vulkans“. Um Anmeldung wird gebeten.

Donnerstag, 17. Oktober, 19 Uhr
DenkBar, Spohrstraße 46 a,
Frankfurt.

Karin Dalka spricht mit der Neurowissenschaftlerin und FR-Kolumnistin Maren Urner über deren neuen Bestseller „Radikal emotional – Wie Gefühle Politik machen“.

Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt

Falsche Reaktion

Zu: „Bund kürzt Traumabehandlung“, FR-Politik vom 14. September

Als Reaktion auf die verständliche Angst der Bürger vor gewalttätigen Terrorangriffen nach dem Attentat in Solingen überbieten sich die Politiker mit populistischen Maßnahmen gegen Migranten, die größtenteils offensichtlich unwirksam, nicht durchführbar, oder europa- und menschenrechtswidrig sind. Mit vertretbaren Mitteln könnte aber ein Netzwerk psychosozialer Betreuung aufgebaut werden, um dieses Feld nicht der Konkurrenz durch islamistische und andere radikale Organisationen zu überlassen, die hier erfolgversprechende Hilfe anbieten.

Dass genau hier gekürzt wird, erhöht die Terrorismus-Gefahr vermutlich mehr als der Populismus sie senken kann, der zudem noch Terror vor rechts hervorruft.

Michael Schnell, Krefeld

Mehr Natur wird zerstört

Zu: „Die Zeichen stehen auf weniger Naturschutz“, FR-Region vom 23.9.

Die Überschrift zum Beitrag von Jutta Rippegather – Thema: Wolf in Hessen – ist sehr zurückhaltend formuliert, eigentlich wäre die Überschrift treffender: „Die Zeichen stehen auf mehr Naturzerstörung“. Der Wolf ist hier nur eines von vielen Beispielen: Landwirtschaft (Artenvielfalt, Biodiversitätsverlust), Forstwirtschaft (Baumplantagen), Zustand unserer Gewässer, Versiegelung, der unsägliche Aus-/Neubau von Straßen und/oder Autobahnen (Flächen-, Waldverlust, Gefährdung von Grundwasser und Wasserschutzgebieten, Lärm- und Schadstoffbelastungen). Die aktuelle Landesregierung schreitet da kräftig voran!

Otto Gebhardt, Frankfurt

Auf zugiger Gangway

Erwiderung auf „Trauriges Bild vom Kanzler“, FR-Forum vom 28.9.

Sehr geehrter Herr Krause-Palfner, Sie müssen eine große Lupe haben. Was Sie nicht alles an der Reisekleidung unseres Kanzlers feststellen! Kann mir nicht vorstellen, dass Herr Scholz so vor die UN-Vollversammlung getreten ist. Ich sehe ihn immer tadellos gekleidet. Unser Bundeskanzler ist verantwortungsbewusst, wissend und besonnen. Er muss für mich nicht im Smoking die zugige Gangway herunterkommen. Hauptsache ist, wie er sich im Meeting präsentiert. Hoffe, Sie kommen über diese Traurigkeit hinweg. Helga Schmiege, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/f202430924